

# Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Anzeiger für Lichtenstein-Callnberg, Hohndorf, Rödlitz, Bernsdorf, Rilsdorf, St. Egidien, Sebnitz, Marienau, den Müllengrund, Rühlschnappel und Tirschnau.

Erscheint täglich, außer Sonn- und Festtags, nachmittags. — Bezugspreis: 6,50 Mk. monatlich frei ins Haus, durch die Post bei Abholung 19,50 Mk. vierteljährlich. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Zeitungs-träger entgegen. — Einzelnummer 30 Pf.



Anzeigenpreis: Die sechspaltige Grundzeile wird mit 1 Mk. für auswärtige Besteller mit 1,25 Mk. berechnet. Im Reklame- und amtlichen Teile kostet die dreispaltige Zeile 2,50 Mk., für Auswärtige 3,00 Mk. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 9 Uhr. Fernsprecher Nr. 7. Drahtanschrift: „Tageblatt“. Postfachkonto Leipzig 86 697.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und der Anwaltschaft, sowie des Stadtrates zu Lichtenstein-Callnberg. Druck u. Verlag von Otto Koch & Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., Inh. Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., zugleich verantwortlich für den gesamten Inhalt des Blattes.

Nr. 270

Freitag, den 18. November 1921

71. Jahrgang

## Beihilfe an bedürftige Arbeiterrentenempfänger.

Das Gesamtministerium hat mit Rücksicht auf die noch andauernde wirtschaftliche Notlage und weil die zur Verfügung gestellten 25 000 000 Mark bisher noch nicht aufgebraucht sind, beschlossen:

1. Dem bereits mit der einmaligen Beihilfe bedachten Arbeiterrentner — sofern sich nicht ihre wirtschaftlichen Verhältnisse derart geändert haben, daß sie aus dem Rahmen der für die bisherigen Verteilungen aufgestellten Richtlinien überhaupt herausfallen — auf deren Antrag nochmals  $\frac{2}{3}$  des Betrages zuwenden, der ihnen auf Grund der bisherigen Richtlinien gemäß der aufgestellten Gruppen- und Klasseneinteilung nach ihren derzeitigen Verhältnissen zukommt.
2. Für die bisher noch nicht bedachten bedürftigen Arbeiterrentner eine neue unwiderruflich letzte Frist zur Stellung eines Antrages auf Bewilligung der einmaligen Beihilfe zu eröffnen.

Als bedürftig gilt ein Rentenempfänger, wenn sein Gesamteinkommen den Betrag der Erwerblosenunterstützung, die ihm im Falle der Erwerbslosigkeit zustehen würde, nicht erreicht.

Die Beihilfe wird nur auf Antrag und an Rentenempfänger deutscher Staatsangehörigkeit, die bereits seit dem 1. 12. 1921 in Sachsen wohnen, an Unfallrentner außerdem nur, wenn mindestens 50% Unfallrente bezogen, und an Witwen und Waisen die Wittwenrenten oder -rentenrente oder sonstige militärische Versorgung beziehen, haben keinen Anspruch auf die Beihilfe.

Anträge auf die Beihilfe sind spätestens bis zum 1. 12. 1921 im Unterhaltungsamt der Stadt Lichtenstein-Callnberg, Rathaus 1 Treppen, zu stellen. Später eingehende Anträge werden nicht berücksichtigt. Rentenbescheide sind mitzubringen.

Die Rentempfänger haben in der nachstehend aufgeführten Reihenfolge zu erscheinen:

Montag, d. 21. 11. 21. vorm.	8—9 Uhr Nachm.	A—D, E—G, H—K, L—M, N—Q, R, u. S, Sch. St. u. T, U—V, bis Ende.
Dienstag, d. 23. 11. 21.	8—9 9—10 10—11 11—12	

Lichtenstein-Callnberg, am 18. November 1921.  
Der Stadtrat.

## Bekanntmachung.

Am 15. ds. Mts. ist die Frist zur Bezahlung der 3. Rate der vorläufigen Reichseinkommensteuer für 1921 abgelaufen. Rückständige Beitragspflichtige werden auf sofortige Entrichtung erinnert, da jetzt das Mahnverfahren vorgenommen werden muß.

Weiter ist an diesem Tage das Gewerbebescheid auf die Monate Oktober—Dezember fällig geworden. Die Bezahlung hat innerhalb 14 Tagen, spätestens bis Ende November, zur Vermeidung der Mahnung und Zwangsbeitreibung zu erfolgen.

Lichtenstein-Callnberg, am 17. November 1921.  
Der Stadtrat.

## Gewerbebescheide — Fortbildungsschule.

Der Kaufmännische Verein gewährt Schülern und Schülerinnen zu seinem morgigen Sonnabend,  $\frac{1}{8}$  Uhr im Rathhauspalast stattfindenden Vortrage über Funkentelegraphie eine Preisermäßigung (Mk. 3,50) der Besuch dieses Vortrages wird sehr empfohlen.

Die Leitung der Gewerbebescheide-Fortbildungsschule

## Öffentliche Sitzung des Gemeinderates zu Hohndorf (Bez. Chh.) am Montag, den 21. November 1921, nachmittags 5 Uhr, im Sitzungszimmer des Rathhauses. Tagesordnung:

1. Mitteilungen.
2. Erhöhung des Schmelzenergiegebührens.
3. der Schornsteinfegergebühren.
4. Ortsgesetz, den Wohnungsmangel und Mieterschutz betr.
5. X. Nachtrag zur Steuerordnung, Grundsteuer betr.
6. Bauhilfe für den Bezirk der Amtshauptmannschaft Stolberg.
7. Sportplatz.
8. Gemeinderatswahl.
9. Bergmannsmohnungen.
10. Wasserleitung.
11. Gemeindevorbereitung.

Co. Weiteres.  
Hohndorf (Bez. Chh.), den 17. November 1921.  
Der Vorsitzende.  
Schuster Gemeindevorstand.

## Bekanntmachung.

die Geschäftszeit im Rathaus betr.  
Es wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß vom 21. ds. Mts. ab bis auf weiteres die Expeditionen des hiesigen Rathhauses  
Mittwochs und Sonnabends  
vormittags von 8 bis 2 Uhr nachmittags  
und an  
allen übrigen Wochentagen  
vormittags von 8 bis mittags 1 Uhr und nachmittags von  $\frac{1}{3}$  bis 6 Uhr für den Publikum-Besuch geöffnet sind.  
Die Kassen schließen täglich eine Stunde früher.  
Hohndorf, (Bez. Chemnitz) am 17. November 1921.  
Der Gemeindevorstand.  
Schuster.

## Kurze wichtige Nachrichten.

In der Donnerstagtagung des preussischen Landtages wurde der Vertrauensantrag mit 198 gegen 99 Stimmen angenommen. Es waren insgesamt 297 Stimmen abgegeben worden.

Wie aus Berlin gemeldet wird, wird sich das Reichskabinett am kommenden Sonntag mit einem Geheimentwurf des Reichsernährungsministers, betreffend Konjunktionsierung des gesamten Kartoffelanbaus im Reich schlüssig werden. Am Sonntag noch soll der Entwurf dem Reichsrat zur Beschlußfassung zugehen.

Der deutsche Rotbund gegen die schwarze Schmach. Sitz in München bittet den Herrn Präsidenten Hughes, in der Abrüstungskonferenz, die Enttarnung farbiger Truppen aus den deutschen befestigten Gebieten bewirken zu wollen.

Das der Hanseatischen Dampfschiffgesellschaft gehörige 800 Tonnen große Dampfschiff „Elbe“ ist den letzten Stürmen in der Lütje zum Opfer gefallen. Der Dampfer war mit einer Holzladung unterwegs. An Bord befanden sich 14 Mann.

Italien und Frankreich haben nunmehr die Selbständigkeit Albaniens anerkannt, nachdem dies England bereits am 10. November getan hat.

„Echo de Paris“ meldet, daß es dem englischen Kabinett gelungen sei, in aller Friedlichkeit das Bündnis mit Japan zu lösen.

Der amerikanische Stahlkönig Henry Ford, der als Patriot bekannt ist, kündigt an, er sei bereit, die gesamte Weltkriegsflotte zu Altschrot zu kaufen. Er will das gesamte Rohmaterial zu Autos und landwirtschaftlichen Maschinen umbauen. Dieser Vorschlag wird von dem Eisenmagnaten ganz ernst gemeint.

## Das Mißtrauensvotum im Landtage.

Es. Dresden, 17. November 1921.

Acht Stunden lang dauerte die Sitzung des Landtages am Donnerstag, trotzdem in der Hauptsache nur schon längst Erörtertes zum förmlichen Male wiedergegeben wurde.

Zunächst handelte es sich um den von den bürgerlichen Parteien gemeinsam gestellten Antrag, den drei unabhängigen Ministern Lipinski, Fleißner und Jädel das Mißtrauen des Landtages auszusprechen. Die Redner der 4 bürgerlichen Parteien führten übereinstimmend aus, daß es der gegenwärtigen Regierung trotz geraumer Zeit nicht gelungen sei, sich das Vertrauen des Landtages zu gewinnen und daß es um so schwerer wiege bei der geringen Ründe, die heute zum Regieren gehöre. Es wurde den unabhängigen Ministern dann im einzelnen nachgewiesen, daß sie sich im Sinne ihres Parteiprogramms nicht bedingungslos auf den Boden der Verfassung stellen konnten, sondern daß sie sich als Parteileute für die Anwendung von Gewalt zur Beilegung der bestehenden Verfassung erklärt haben. Minister Lipinski verteidigte es gar nicht, die gegen ihn und seine Ministerkollegen vorgebrachten Gründe zu entkräften, sondern erging sich in langen agitatorisch aufgeputzten Ausreden.

Sehr bezeichnend war es, daß mit den Kommunisten und Unabhängigen sich auch die Mehrheitssozialdemokraten dafür aussprachen, den unabhängigen Ministern ihr Vertrauen auszudrücken. Der Antrag wurde dann mit 47 sozialistischen Stimmen gegen 46 bürgerlichen Stimmen abgelehnt. Die beiden sozialdemokratischen Minister Fleißner und Jädel stimmten mit für die Rettung ihrer unabhängigen Kollegen.

Hierauf wurde nochmals in fünfständigen Auseinandersetzungen über die sogenannten „Enthaltungen“ Lipinski und über die zu dieser Angelegenheit von den bürgerlichen Parteien abgegebenen Erklärungen geredet. Daß sich die Erörterungen über diesen Fall bis in die achte Abendstunde hinein erstreckt haben, liegt in der Hauptsache daran, daß Minister Lipinski, wie das eigentlich jedem parlamentarischen Gebrauch widerspricht, nach jedem Redner selbst das Wort ergriff, um, wie ihm dann zum Schluß vorgehalten wurde, immer wieder eine unabhängige Wahlrede zu halten. So wurde die Zeit des Landtages derart nutzlos verbraucht, daß der größte Teil der übrigen Tagesordnung abgelehrt werden mußte.

In vorgerückter Stunde begründete dann noch Dr. Wagner (Deutschnational) einen Antrag seiner Partei, aus finanziellen Gründen das Wirtschafts- und Arbeitsministerium zusammenzulösen. Der Antrag wird dann dem zuständigen Ausschuss zur Weiterberatung übergeben.  
Nächste Sitzung Freitag mittags 1 Uhr.

## Deutsches Reich.

### Teuerung und Ausverkauf.

Berlin. Wenn die Kartoffeln vom Reden so billig würden, wie nach der bekannten Redensart von der „Tummelei die“, so müßten wir längst die billigsten und dicksten Kartoffeln haben. Im Reichstag wurde gestern wieder einmal von ihnen gesprochen. Ueberhaupt über Lebensmittelteuerung und Ausverkauf Deutschlands und ähnliches, weil verschiedene große Anträge über diese Dinge auf der Tagesordnung stehen. Nachdem der Ausverkauf etliche Monate angehalten hat, sperrt die Regierung jetzt endlich die Grenzen für stehende Hamsterer, von denen gehen einer kurz vor Pöbel mit nicht weniger als 100 Paar Stiefeln in seinen Koffern angehalten wurde. Ueber die dänische Grenze, so erzählt der Wirtschaftsminister Robert Schmidt, sind allein im September 121 000 Menschen zum Einkauf nach Deutschland gekommen. Der Minister trug diese Ziffer vor, als sie er in den Bänken der Opposition und nicht auf denen der Regierung. Warum haben unsere verehrlichen Minister es überhaupt zu so etwas kommen lassen, warum haben sie nicht schon längst gegen die unerlaubte Ausfuhr energisch eingegriffen? Jetzt sind wir monatlang ausgeplündert worden und werden binnen kurzem wohl nur noch im Schleichhandel zu unerhörten Preisen Kolonialwaren, Haarnetze, Lederwaren, Seife, Maschinöl, Nähgarn und sonstiges bekommen. Auch Kartoffeln und Brotgetreide finden immer noch ihren Weg ins Ausland. Der Ernährungsminister Hermes, einer der wenigen Fachleute im Kabinett, dampfte ein wenig die Vorwürfe der Linken gegen unsere Landwirtschaft und